

Macht und Einfluß im Neuen Rußland: Die Verfilzung von Staat und Wirtschaft

Die Abkoppelung des Politischen

Gleichwohl, ob man die Konstitution der Rußländischen Föderation 1991 mit der Auflösung der UdSSR oder mit der Annahme der Verfassung im Dezember 1993 beginnen läßt, so scheint heute unbestritten, daß die Finanzkrise vom August 1998 den Schlußpunkt eines mehrjährigen Transformationsvorganges markiert, der das Land zwar gesellschaftspolitisch, wirtschaftlich und normativ fundamental veränderte, aber ebenso in eine Sackgasse führte.

Die vor allem in Moskau, aber auch in anderen urbanen Zentren überbordende Aufbruchsstimmung und Zukunftszuversicht¹ konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die rasante Veränderung auf Kosten der russischen Bevölkerung ging.

Denn die Kehrseite der zügigen, aber punktuellen Integration von regional-urbanen Zentren, vor allem des europäischen Teils Rußlands, in die Weltwirtschaft, waren massenhafte soziale Verelendung und die sozialökonomische Zerrissenheit des Landes. Die makroökonomischen Stabilisierungserfolge in diesen Jahren wurden offenbar nur dadurch erreicht, daß Löhne in der größtenteils noch brachliegenden Industrie, aber auch im öffentlichen Sektor (Gesundheits- und Bildungswesen, Forschung und Militär) sowie staatliche Transferleistungen an Rentner und andere Hilfsbedürftige entweder gar nicht oder oftmals nur mit Verspätung von mehreren Monaten ausgezahlt wurden.

Bereits Anfang 1998 war evident, daß die Dynamik der freigesetzten Wirtschaftskräfte, die den fundamentalen Wandel seit Beginn der zweiten Phase der Privatisierung ab Sommer 1994 in Gang setzte, erlahmte. Die monetär-liberale Wachstumsstrategie war an ihre Grenzen gestoßen und hatte soziale und wirtschaftliche Folgen, die sich nunmehr gegen die Fortführung der Reform selbst wandten.

Auf der politischen Ebene fand diese Entwicklung ihren Ausdruck in der vom Präsidenten losgetretenen politischen Führungskrise, die bis heute andauert. Die aus welchen Gründen auch immer motivierte Entlassung des damaligen Ministerpräsidenten Viktor Tschernomyrdin (März 1998) zerstörte die politische Basis der neuen Machtelite und leitete ihren Niedergang ein. Die „Partei der Macht“, „Unser Haus Rußland“, begann sich aufzulösen. Damit verlor die Machtelite ihre einzige politische Institution, über die bislang Konflikte zwischen den Herrschaftsgruppierungen mediatisiert werden konnten. An der doppelten Herausforderung, die politische Führungs- und die heraufziehende Finanzkrise des Staates zu lösen, scheiterten alle darauffolgenden Regierungen, die von Sergeij Kirienko (April bis August 1998), Ewgenij Primakow (September 1998 bis Mai 1999) und auch jene von Sergeij Stepaschin (Mai bis August 1999). Sein Nachfolger im Amt, Wladimir Putin, dessen Vita wie die von Primakow und Stepaschin eng mit dem früheren KGB und dem jetzigen FSB verwoben ist, wird eher als Sachwalter und Abwickler der laufenden Regierungsgeschäfte bis zu den Dumawahlen fungieren, als daß er die ihm vom Kreml aufgebürdete Rolle der Nachfolge im Präsidentenamt wird erfüllen können.

1 „Trickling-down“-Effekte schließlich, trugen erstmalig zum Entstehen einer russischen Mittelklasse bei. Vor dem 17. August 1998, so belegt eine in der Rußländischen Föderation durchgeführte Befragung, zählten sich annähernd 35% der Bevölkerung zur neuen Mittelklasse. Die Gesellschaft begann sich in Gruppen und in schroff voneinander abgegrenzte Lebenswelten zu differenzieren.

Ab August 1998 wurde die Führungskrise noch um die Dimension des faktischen Staatsbankrottes erhöht und führte zur massiven Abwertung des Rubels, zu Inflationsschüben, zum Zusammenbruch der russischen Privatbanken und zum Autoritätsverlust von Präsidentschaft und Regierung.

Allein nicht nur das liberal-monetaristische Wirtschaftsmodell steht inzwischen auf dem Prüfstand. Konzeptionen, die auf Mobilisierung von endogenen Wachstumskräften setzen und dabei die bislang sträflich vernachlässigte Frage angehen, welche Rolle der Staat im neuen Abschnitt der Transformation spielen soll, haben seither Aufwind. Mit der Formierung einer politisch moderaten, zentristisch-pragmatischen Kraft um den Moskauer Oberbürgermeister Jurij Luschkow, kann die Kritik an der bisherigen Wirtschaftspolitik nicht mehr so einfach diffamiert werden.

Im Gegenteil. Es scheint evident, daß die Träger der bisherigen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ihre Legitimation verloren haben und in den kommenden Wahlen politisch ins Abseits zu gleiten drohen.

Die bisherige Machtelite befindet sich in Auflösung, ist heillos zerstritten und konnte sich bislang nicht auf die Unterstützung eines Programmes geschweige gar eines aussichtsreichen Kandidaten für die Präsidentschaft einigen. Zwar hat sie den Zugang zur Regierung, der ihr unter Primakow zu entgleiten drohte, wieder herstellen können, aber ob ihr die Umgruppierung der eigenen Kräfte gelingt und ob sie sich in entstehende Bündnisse einbringen kann, ist zweifelhaft.

Stigmatisiert durch Korruption, illegitime Bereicherung im Zuge der Privatisierung und verantwortlich für die soziale und materielle Not der Bevölkerung scheut die neue politische Mitte davor zurück, mit den alten Reformkräften etwaige Bündnisse einzugehen. Deren strategisches Ziel, Unterschlupf in einer breiten Koalition der demokratischen Kräfte von der Rechten bis zur neuen Mitte finden und die Wahlkampagne als Zwei-Lager-Wahlkampf gegen die KPRF zu führen, ist gescheitert.

Denn erstens werden Kontakte zu den Repräsentanten der ersten Generation von Reformern eher als Belastung interpretiert. Zweitens wird die Gefahr eines kommunistischen Durchmarsches bei den Wahlen zur Duma als gering eingeschätzt. Und drittens hat die neue Mitte, d.h. jene sich um den Moskauer Bürgermeister Jurij Luschkow und um den ehemaligen Ministerpräsidenten Ewgenij Primakow gruppierenden Kräfte der allrussischen, gesellschaftspolitischen Bewegung „Vaterland, Otetschestwo“, inzwischen ein eigenes Profil und Selbstbewußtsein entwickeln können. Sie brauchen weder die KPRF zu fürchten noch benötigen sie die Rechte für ein Wahlbündnis. Programmatisch weichen ihre Vorstellungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik von denen der alten Reformkräfte ab. Sie fordern einen radikaleren Kurswechsel hin auf industrie- und strukturpolitische Ziele und dringen darauf, den Aufbau eines effizienten Staates endlich in Angriff zu nehmen. Auch die zwischen liberalen und sozialreformerischen Zielen hin und her schwankende Bewegung von Grigorij Jawlinskijs, „Jabloko“, hält auf Distanz zu den ehemaligen Reformkräften um Anatolij Tschubais, Sergeij Kirienko, Boris Nemtzow oder Jegor Gaidar, sucht aber einzelne Reformer für die Bewegung zu gewinnen, wie den vorigen Ministerpräsidenten Sergeij Stepaschin.

Bislang scheiterte aber die Formierung und der Durchbruch von Kräften, die andere Akzente in der Wirtschafts-, Finanz- und Innenpolitik setzen könnten, noch am Beharrungsvermögen der alten Machteliten, wie die Entlassung des damaligen Ministerpräsidenten Ewgenij Primakow im Mai 1999 belegt. Von der nahezu unantastbaren Festung präsidentieller Macht verblieben Teilen der politisierten Oligarchie und wirtschaftlichen Gruppen aus der Präsidialverwaltung sowie ehemaligen Führungspersönlichkeiten aus der alten „Partei der Macht“ noch genügend Einfluß und Möglichkeiten, die Formierung einer anderen Politik zu behindern. Seitdem taumelt das Land von einer inszenierten politischen Führungskrise in die andere. Nur, die destabilisierenden oder polarisierenden Auswirkungen

sind erstaunlich gering. Die Bevölkerung hat sich offenbar nicht nur auf abgesenktem wirtschaftlichem Niveau und in Zurückstellung eigener Erwartungen an die gegebenen Bedingungen angepaßt. Allem Anschein nach akzeptiert sie die politische Krise als Dauerzustand und hat sich längst damit abgefunden, daß von Staat und Politik nichts zu erwarten sei. Angesichts der häufigen Regierungsumbildungen seit März 1998 und wegen der chronischen Finanznot des Staates eine durchaus verständliche Einsicht.

Auch die bevorstehenden Weichenstellungen, die sich bereits in der kurzen Zeit unter Ministerpräsident Primakow andeuteten und die mit den kommenden Wahlen zur Staatsduma im Dezember 1999 und zur Präsidentschaft im Sommer 2000 zum Durchbruch kommen könnten, erzeugen noch keine Aufbruchsstimmung.

Mit dem sich anbahnenden politischen Machtwechsel deutet sich aber eine Veränderung in der Kräftekonstellation der bisherigen Herrschaftsstruktur an. Gelingt der Machtwechsel, so können wir davon ausgehen, daß die gesellschaftlich und politisch unkontrollierte Macht wirtschaftlicher Gruppen zurückgedrängt und Staat und Politik an Durchsetzungsvermögen gewinnen werden.

Paradoxerweise haben gerade jene Kräfte, die auf eine Änderung der bisherigen Politik abstellten, sich aber in der kurzen Episode der Regierung Primakow nicht haben durchsetzen und halten können, einiges dazu beigetragen, die schwere Glaubwürdigkeitskrise von Regierung und Wirtschaft zu entschärfen. Die Systemkrise wurde abgewendet. Weil es aber nicht zum Austausch oder wenigstens zur Auffrischung und Umgruppierung der Machteliten kam, ist die gegenwärtige Situation von diesem so für die russische Geschichte typischen „Stillstand“ gekennzeichnet.

Gewiß kann die Phase der politischen Ruhe bis zu den Wahlen halten. Aber es ist die Ruhe des „Immobilismus“, jene Erstarrung, in die traditionell die politische Klasse des Landes verfällt, wenn die Führungsfrage im Staat gestellt wird, sich aber die herrschenden Clans nicht über die Nachfolge einig sind. Das war bei Breschnews Ableben so und ist am Ende der Ära Jelzin auch nicht anders.

Zweifellos größtes Interesse an der Bewahrung des politischen Status quo hat die Duma. Eine vorzeitige Auflösung würde den gefestigten politischen Parteien des Parlamentes die politische Bühne entziehen und sich nachteilig für sie im Wahlkampf auswirken. Betroffen wären in erster Linie jene politischen Gruppierungen, die nicht auf die Unterstützung von kapitalkräftigen Kräften hoffen oder sich Zugang zu den Medien erkaufen können. Das gilt auch für die KPRF.

Erfolgreich wehrte die Duma selbst um den Preis der Selbstverleugnung mehrmals die drohende Gefahr ihrer Auflösung ab. Erstmals bei der Ernennung von Ministerpräsident Kirienko im Frühjahr 1998. Ihren Gesichtsverlust angesichts der präsidentiellen Drohung, sie aufzulösen, falls sie Kirienko nicht bestätigen sollte, kompensierte die Duma fünf Monate später. Sie wagte im Nachklang der Augustkrise den Konflikt mit dem Präsidenten und lehnte dessen Kandidaten Viktor Tschernomyrdin, der sein politisches Comeback versuchte, ab. Gegen den Widerstand der Präsidialadministration wurde im September 1998 der damalige Außenminister Ewgenij Primakow von den beiden Mehrheitsfraktionen des Parlamentes, der Kommunistischen Partei der RF und der radikaldemokratischen Bewegung „Jabloko“, als Ministerpräsident durchgesetzt. Erstmals in der jungen und kurzen Geschichte des russischen Parlamentarismus konnte sich eine Regierung auf eine Mehrheit in der Duma stützen. Seither hat sich die Diskussion über eine Verfassungsreform belebt und wird auch für die Rußländische Föderation das Entstehen einer parlamentarischen Demokratie nicht mehr ausgeschlossen.

Bewegung schuf auch jene kaltblütige Aktion nicht, mit der die Entlassung Primakows im Mai 1999 eingefädelt wurde. Gewiß, mit diesem Schachzug schienen die Aussichten von

Ewgenij Primakow auf die Präsidentschaft faktisch gegen Null zu sinken. Die Ablösung von Primakow entsprang engen Machtinteressen derjenigen Gruppen im Umfeld des Präsidenten, nämlich jener ominösen Kreise um die „Familie“ des Präsidenten, die die Führungsfrage mit der Sicherung ihrer wirtschaftlichen Belange verknüpft haben.

Das geschickte Abstimmungsverhalten der Duma, nämlich Sergeij Stepaschin, aber auch seinen Nachfolger Wladimir Putin, bereits in der ersten Anhörung mit jeweils einer satten Mehrheit im Amt des Ministerpräsidenten zu bestätigen, belegen das Interesse der Parlamentarier, den politischen Status quo um jeden Preis zu retten. So spielte das Parlament und gewann Zeit und konnte eventuelle Pläne jener Machtgruppen des „inneren Zirkels“ durchkreuzen, die Duma vorzeitig aufzulösen oder eine Staatskrise vom Zaun brechen zu wollen.

Zum engeren Machtzirkel um den Präsidenten zählen dessen Tochter Tatjana Djatschjenko, Alexander Woloschin (Chef des Präsidialamtes), Valentin Umaschew (Berater), Boris Bereswoskij und Roman Abramowitsch (Unternehmer).

Primakows Nachfolger, Sergeij Stepaschin, blieb nur wenige Monate im Amt, weil er das Unmögliche nicht hat erbringen können, nämlich die Formierung einer politischen Gegenmacht (die Allianz zwischen Primakow und Luschkow /Otetschestwo) zu verhindern, die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung von der „Familie“ abzuwenden und ihr Garantien für die Zeit nach dem Präsidentschaftswechsel zu verschaffen.

Zwar werden noch andere Politiker als „black horses“ im beginnenden Machtpoker um die Präsidentschaft genannt, wie der Gouverneur Titow aus Samara oder der bislang nahezu unbekanntere frühere Minister für die russischen Eisenbahnen, Nikolai Aksuonenko, der nunmehr das Amt eines Vizepremierministers bekleidet und für die wichtigsten wirtschaftlichen Ressorts verantwortlich zeichnet.

Denn bereits jetzt scheint evident, daß der alten Machtelite, die auf eine verschworene, in die Enge getriebene Gruppe im unmittelbaren Umkreis des Präsidenten zusammengeschmolzen ist, sowohl die Ideen ausgehen als auch potentielle Führungspersönlichkeiten nicht mehr zur Verfügung stehen, die noch einmal die Machtfrage für sie entscheiden könnten.

Obwohl es noch an einem zukunftsweisenden Projekt, an dessen Träger und eben am politischen Willen fehlt, die Modernisierung und Erneuerung von Politik und Wirtschaft mit den gesellschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung in Einklang zu bringen, möchten wir behaupten, daß die objektiven Bedingungen für einen gesellschaftspolitischen Kurswechsel, der das Land näher an Europa heranführen und durchaus in demokratische Bahnen verlaufen könnte, sich verbessert haben. Folgende Indikatoren lassen sich benennen:

- die Schwäche der Oligarchie
- die Aufwertung der Duma als Stabilitätsfaktor der russischen Politik
- die Formierung einer starken politischen Mitte, deren pragmatische Politikorientierung den Einfluß irrationaler, populistischer und radikal - ideologischer Strömungen eindämmt
- der Autoritätsverlust der Präsidialmacht und die wachsende Einsicht, daß Korrekturen an der Verfassung hinsichtlich der Machtbefugnisse des Präsidenten vorgenommen werden müßten
- die Stärkung der Regionen und der Bedeutungszuwachs des Föderationsrates im Regierungssystem. Dieser Prozeß darf allerdings nicht mit Stärkung der demokratischen Potentiale in der russischen Gesellschaft gleichgesetzt werden. Allenfalls schuf die Regionalisierung im Rahmen des sich entwickelnden russischen Föderalismus Gegengewichte zum Zentralstaat. In anderer Form und teilweise noch ausgeprägter haben sich auf allen Ebenen der russischen Föderation korporatistische Tendenzen durchgesetzt. Die Verfilzung von Staat und Politik ist somit nicht nur ein Phänomen der nationalen Politik. Auf der regionalen Ebene werden im kleineren Maßstab jene Prozesse nachgeahmt, die auf der

nationalen Ebene bereits vorexerziert wurden. Gouverneure schaffen sich ihre politischen Maschinen, die von Wirtschaftsgruppen finanziell unterstützt und parlamentarisch kaum kontrolliert werden.

- die normative Abwendung der Eliten von externen Entwicklungsmodellen und ihr Besinnen auf Mobilisierung der eigenen Innovationspotentiale zur Modernisierung des Landes (erstmals tauchten im Dezember 1998 Plakate in Moskau und anderswo auf: „Niemand wird Rußland unterstützen, wenn die Russen es nicht selbst tun“).

Die Genesis der russischen Oligarchie: Die Symbiose von ökonomischer und politischer Macht im neuen Rußland

Sarkastische Witze über die Spottfigur des Umbruchs, den „Neuen Russen“, sind seit geraumer Zeit verstummt. Sie stammten aus einer Zeit, in der undifferenziert jedwede privatwirtschaftliche Initiative mit mafiotischen Umtrieben gleichgesetzt wurde. Indes war die Voucherisierung und der Kiosk-Kapitalismus nur das kurze Vorspiel zur großen monetären Privatisierung des staatlichen Produktivvermögens und der natürlichen Ressourcen des Landes. Die nachfolgende Ära, die erst mit dem großen Crash im August 1998 beendet wurde, kreierte einen neuen, diesmal mit düsteren Macht- und Herrschaftsaspekten assoziierten Begriff: „Oligarchie“.

Typisieren die gemeinhin verschwommenen Bezeichnungen Mafia oder „Neue Russen“ noch das individuelle Gewinnstreben und die Nähe der neureichen Profiteure des Umbruchs zur organisierten Gewaltkriminalität, so sucht der Begriff „Oligarchie“ die Herausbildung einer politisch nicht kontrollierten und gesellschaftlich nicht legitimierten Herrschaftsstruktur zu beschreiben, die im Zuge der wirtschaftlichen Umgestaltung und der Verfilzung von privatwirtschaftlichen Interessengruppen mit Organen des Staates, oder wie es so plastisch im Russischen heißt, mit den „Organen der Macht“, aufkeimte.

Das Phänomen der Verflechtung wirtschaftlicher und staatlicher Interessen ist nicht neu und verblüfft vor dem Hintergrund sowohl planwirtschaftlicher Traditionen der untergegangenen Sowjetunion als auch der Genese der neuen Wirtschaftselite nach 1991 kaum. Denn woher sonst als aus der alten Nomenklatura – mit Ausnahme weniger Seiteneinsteiger – sollten denn die neuen Wirtschaftsführer und die politische Elite der sich formierenden Rußländischen Föderation auch kommen?

Allein das Ausmaß und die Schnelligkeit, wie sich in kürzester Zeit eine solche Machtstruktur hat entfalten und alle wichtigen Sektoren der russischen Wirtschaft hat durchdringen können, einzig dieser Vorgang ist bemerkenswert und scheint ohne Parallele zum Verlauf der Transformation in den anderen mittel- und osteuropäischen Ländern.

Die Herausbildung der Machtstruktur verlief über mehrere Etappen und begann in einigen Fällen bereits in der Endphase der Perestroika.

Folgende Faktoren waren für den **Aufstieg der neuen Machtelite** konstitutiv:

1. Für die neue Wirtschaftselite war die Verbindung, die Unterstützung und die Patronage durch staatliche Stellen Voraussetzung ihres Aufstieges. In der konstitutiven Phase bis Mitte der 1990er Jahre dominierten die staatlichen, politischen Verbindungen und regulierten Konflikte zwischen den Kapitalfraktionen. Privilegierte Kontakte zu den höchsten politischen Stellen in der Regierung oder im Umfeld des Präsidenten kennzeichneten die erste Phase in der Genesis des neuen russischen Kapitals. Der Staat vergab Export- und Importprivilegien an besondere Gruppen (Orthodoxe Kirche, Sportvereine, Tschernobyl-Invaliden, Afghanistan-Veteranen, Handelshäuser, privatwirtschaftliche und kulturelle Vereinigungen usw.), gewährte Steuerprivilegien für ausgewählte Organisationen, regulierte profit- und devisa-bringende Geschäfte beim Verkauf von

Rohstoffen und Energie über lizenzierte Banken oder erlaubte Ministerien, aber auch Stadt- und Regionalregierungen, die Abwicklung ihrer Budgets durch private Finanziers vornehmen zu lassen.

2. Es war nicht allein die Duma, die den Aufbau eines effizienten Staates bislang behinderte. Sicher, die kommunistische und patriotische Opposition hintertrieb solch essentielle Reformprojekte wie die Privatisierung von Grund und Boden oder von Rechtsgarantien für ausländische Investitionen. Sie erschwerte ferner potentiellen ausländischen Investoren den Zugang zum Energiesektor, indem sie lange Zeit Gesetze über production sharing agreements (PSA) blockierte. Auf Seiten der Oligarchie kann verbucht werden, daß sie alle Gesetze und deren Implementierung verhinderte, die der Arrondierung ihrer Wirtschaftsmacht entgegenwirkten. Sie hintertrieb die Einführung eines effizienten Steuersystems und unterband den Aufbau rechtsstaatlicher Rahmenbedingungen – etwa für den Finanzsektor. Denn die Voraussetzung zur raschen wirtschaftlichen und politischen Transformation des Landes war eben die zeitweilige Existenz eines rechts- und staatsfreien Raumes. Nur unter den Bedingungen von Rechtsunsicherheit, des Fehlens von staatlichen Ordnungs-, Regulierungs- und Implementierungsinstanzen war in so kurzer Zeit eine solche massive Umverteilung des Staatsvermögens und die Konzentration von Kapital in den Händen von wenigen Finanzgruppen möglich. In diesem Prozeß blieben normative Vorstellungen des Gemeinwohls ebenso auf der Strecke wie skrupellos in Kauf genommen wurde, daß die Mehrzahl der russischen Bürger ihrer sozialen Rechte beraubt wurde. *So wirkten die Altlinke in der Duma und die neue Herrschaft durch die Verfilzung von Staat und Wirtschaftsmacht in fataler Weise zusammen und beschädigten jeder auf seine Weise das Projekt von Demokratie und Marktwirtschaft.*
3. „Shares for Credits“, „sweetheart deals“ und „insider-Geschäfte“ waren die Zauberformel bei der Privatisierung. Weil der Staatsbesitz verschleudert wurde und die Staatskassen leer blieben, und da es zudem nicht gelang, die Steuerfrage zu regeln, konnte der Staatshaushalt nur über Kredite, entweder inländische Schuldverschreibungen, etwa den GKO, oder durch Kredite auf den internationalen Kapitalmärkten ausgeglichen werden. Solange ausländisches Kapital für kurzfristige Staatsverschuldungen nachfloß, der IMF die Bonität der Rußländischen Föderation durch eigene Kredite unterlegte, nährte sich der Kreislauf von Krediten und höherer Staatsverschuldung schier von selbst. Die Geschäfte in den Finanz-, Handels- und Dienstleistungssektoren boomten. Der Rubel wurde auf Betreiben des russischen Finanz- und Handelskapitals künstlich hochgehalten und der russische Markt von Importen überschwemmt. Die Hochkonjunktur in den Finanzmärkten und im Handel lenkte innerhalb weniger Jahre eine ungeheure Masse an Kapital in die Verfügungsgewalt weniger Großbanken und Privatfinanziers, die darangingen, die brachliegende russische Industrie aufzukaufen.
4. Mit Beginn der monetären Phase der Privatisierung ab Sommer 1994 erwarben Banken in Auktionen und durch den Kauf von privaten Voucher die Kontrolle über große Teile der Rohstoff- und Energiebranchen. Der Prozeß beschleunigte sich in den folgenden Jahren. Bis Ende 1998 verblieben nur noch wenige Großbetriebe aus den Erdöl-, Energie-, Edelmetall- und Rüstungssektoren in staatlicher Hand. Die defizitäre Lage der Staatsfinanzen, drängende Probleme mit rückständigen Löhnen und Pensionen einerseits und die widerborstige Haltung der Staatsduma bei der Verabschiedung eines zeitgemäßen Steuerkodex andererseits, sowie der Umstand, daß die Gesetzgebung bei der Privatisierung des Bodens kaum vorankam, zwangen die Regierung ab 1997 zur Lockerung noch verbliebener Verkaufsrestriktionen.
5. Letztlich soll nicht unerwähnt bleiben, daß die organisatorische und programmatische Schwäche der Parteien und die von der Verfassung bewußt gewollte Machtlosigkeit der Duma gegenüber der Exekutive das Entstehen korporatistischer Grundzüge begünstigt

haben. Im Umkehrschluß hat eben diese Verfassungskonstruktion dazu beigetragen, daß sich Parteien und andere politische Gruppen nicht als Mittler gesellschaftlicher Interessen und Belange haben durchsetzen und gesellschaftlich verankern können.

Mit Beginn der monetären oder zweiten Entwicklungsstufe der Privatisierung ab 1994/95 sowie forciert durch den Sieg von Präsident Jelzin 1996, entfaltete sich ungehemmt die Dynamik der wirtschaftlichen Machtgruppen und leitete die **Hochphase korporatistischer Macht** ein.

Im Zuge der Umstrukturierung der russischen Wirtschaft entstanden im Zeitraum von 1993 bis 1997 finanz-industrielle Konglomerate, kurz FIGs genannt. Die Mehrzahl der als FIG beim Justizministerium registrierten finanz-industriellen Gruppen, insgesamt über 30, zählt jedoch nicht zu den machtvollen oligarchischen Strukturen, die auf die Geschicke des Landes einwirken wollen. Indes suchen sie ihre Interessen über entsprechende Kanäle in den Kommunen oder auf der regionalen Ebene zu realisieren. Sie verfolgen aber allenfalls interregionale Ziele. Ähnlich wie in den USA oder in den korporatistisch strukturierten Gesellschaften des Pazifischen Raumes ist der Wechsel aus der Politik in die Wirtschaft oder die Übernahme staatlicher Ämter durch Wirtschaftsführer mühelos möglich.²

Kennzeichnend für die neue Wirtschaftselite ist die gelungene Synthese zwischen dem „alten“ und „neuen“ Kapital. Zum „alten“ Kapital zählen die großen Konzerne aus der Sowjetzeit wie Gasprom, Lukoil, Uralmasch, aber auch Banken wie Imperial, Bank Nationalnij Reserv usw. Zur Gruppe des „neuen“ Kapitals gehören die großen Handelshäuser, die seit 1990 gegründeten Banken sowie Investitions- und Finanzierungsgesellschaften.

Wenn daher von der sich herauschälenden oligarchischen Herrschaftsstruktur, der Synthese zwischen dem „alten“ und „neuen“ Kapital die Rede ist, so sind nicht jene registrierten finanzindustriellen Gruppen gemeint, sondern Wirtschaftskonglomerate, die sich ihre eigene Unternehmensform gegeben haben. Zu nennen sind Gasprom, Lukoil, Interros-Unexim-MFK Renaissance, SBS-Agro-Logovaz-Sibneft (das Wirtschaftsimperium von Beresowskij-Smolenskij), Menatep-Rosprom-Yukos (unter Führung des Magnaten

2 Sowohl der damalige Ministerpräsident Viktor Tschernomyrdin (1992 bis März 1998) als auch der frühere Erste Vizeministerpräsident Anatolij Tschubais galten als Repräsentanten der Wirtschaft und schienen gleichwie arbeitsteilig die Interessen von Teilen des „alten“ wie des „neuen“ Kapitals wahrzunehmen. Insbesondere die für Energie-, Rohstoffe und Erdöl wie Erdgas zuständigen Ministerien sind seit Bestehen der Rußländischen Föderation mit den entsprechenden Wirtschaftssektoren eng verflochten. Die Berufung von Managern aus Gasprom oder von Lukoil auf Regierungsposten sowie das Überwechseln von Mitgliedern der Regierung in diese Wirtschaftsbranchen ist gang und gäbe.

Aber nicht nur die Energiewirtschaft hat ihre Vertrauten in der Regierung oder in den staatlichen Komitees, die für Eigentums- und Vermögensfragen sowie für die Privatisierung verantwortlich sind. Ebenso aktiv verlief der Austausch von Führungskräften zwischen verschiedenen Großbanken und der Regierung.

Hingegen scheint der einst so mächtige militärindustrielle Komplex kaum über eine starke Lobby zur Durchsetzung von Rüstungsprogrammen zu verfügen. Die russischen Rüstungsexporte sind auf den Weltmärkten drastisch zurückgegangen und aufgrund der Finanznot des Staates fehlt die Binnennachfrage nach neuen Waffensystemen.

Massiv verschlungen waren die Verbindungen der wohl bedeutendsten Bank, der Oneximbank, zur Regierung. Wechselbeziehungen reichen bis in die Entstehungsphase der Bank am Anfang der 1990er Jahre zurück. Mitglieder der Regierung, wie der ehemalige Vizepremierminister Oleg Soskowitz, aber auch der damalige und derzeitige Chef der russischen Zentralbank, Viktor Geraschenko, unterstützten das Aufkommen der Bank. So scheint auch die Bank gute Kontakte zum Bürgermeister der Stadt Moskau, Jurij Luschkow, zu unterhalten. Den Zenit privatwirtschaftlicher und staatlicher Macht- und Interessenverknüpfung erreichte die Oneximbank, als ihr Vorsitzender Wladimir Potanin den Posten des Ersten Vizepremierministers vom August 1996 bis zum März 1997 bekleidete. Wahrscheinlich hat der frühere Erste Vizepremierminister Anatolij Tschubais die Berufung von Potanin betrieben. Anatolij Tschubais selbst wechselte 1998 in die Wirtschaft und wurde zum Chef des staatlichen Energieversorgungsmonopolisten UES berufen.

Khodorkowskij), die Inkombank-Gruppe, die Rossiskij Credit Bank, das Alfa Konsortium und die Most Bank und Medien Gruppe unter Führung von Gusinskij.

Das Verhältnis in der korporatistischen Herrschaftsformel zwischen Politik und Wirtschaft veränderte sich sukzessive: die staatliche Autorität wurde schwächer und abhängiger von den Wirtschaftsgruppen. Der Staat verlor seine dominante Stellung und die großen Wirtschaftskonglomerate und deren Führer avancierten zur Schattenmacht im Staate.³ Daraus folgte dreierlei: Erstens, der Autoritätsverlust von Präsident und Regierung schränkte die Fähigkeit des Staates, Konflikte zwischen den Kapitalgruppen zu regulieren, ein. Dies wiederum bedingte zweitens, daß jedweder Ansatz, die korporatistische Beziehung zu institutionalisieren, aufgegeben wurde. Daraus resultierte schließlich drittens, daß der Staat zum Instrument und Objekt in den Verteilungskämpfen zwischen den Wirtschaftsgruppen wurde.⁴

Die öffentliche Meinung reflektierte diese Veränderung schnell. An die Stelle der frühen Spottfigur des „Neuen Russen“ trat die dämonisierte Macht der „Oligarchen“.

Noch vor der Finanzkrise vom August 1998, beispielsweise im „Krieg der Banken“ vom Sommer 1997, als es um die Verteilung der noch verbliebenen Filetstücke staatlichen Eigentums an Bodenschätzen sowie um die Privatisierung verbliebener staatlicher Monopole ging (Gasprom, Telekommunikation, UES usw.), wurde evident, daß die politisch erzwungene Einheit einer bitteren Fehde zwischen den Kapitalgruppen gewichen war.

Die mit der Finanzkrise und mit der ungelösten politischen Führungsfrage eingeleitete **dritte Phase** signalisiert nicht die Auflösung der korporatistischen Herrschaftsstruktur. Sie impliziert aber ihren **erneuten Umbau und gleichzeitig die Verbreiterung ihrer sozialen Basis um regionale Machtgruppen**. Der Staat hat sich aus kompromittierenden Beziehungen zu Wirtschaftsgruppen lösen können. Folgende Faktoren illustrieren die entstandene Situation:

1. Die mächtige russische Oligarchie wurde Opfer der Krise. Aber die Krise traf Teile der Oligarchie unterschiedlich. Zweifellos schwächte der Preisverfall für Öl, Gas und Rohstoffe auf den internationalen Märkten die Machtgruppen des Energie- und Rohstoffkomplexes.⁵ Aber letztlich gehen diese Gruppen politisch gestärkt aus der Krise hervor, weil

3 Aber auch die Gegenrichtung, nämlich das Überwechseln von Mitgliedern aus der Regierung in die Wirtschaft ist üblich. So kehrte besagter W. Potanin nach der kurzen Amtszeit wieder auf den Posten des Vorsitzenden der Oneximbank zurück. An leitender Position der Bank befinden sich ehemalige Abgeordnete aus der Duma oder Regierungsmitglieder, wie der frühere stellvertretende Finanzminister A. Wawilow oder A. Kalin, ein früherer stellvertretender Wirtschaftsminister.

Bei der Bank und Industriegruppe Menatep arbeiteten mindestens zwei ehemalige Regierungsmitglieder im Vorstand, nämlich K. Kagalowski (aus der Regierung J. Gaidar) und Jewgenij Saburow. Andere Regierungsmitglieder fanden in den zur Finanzgruppe gehörenden Konzernen ein neues Tätigkeitsfeld, so beim Ölkonzern Jukos.

4 Die Verbindungen von Gasprom zum Staat waren wohl noch dichter als die anderer Finanz- und Industriegruppen. So kam etwa der langjährige Chef der Russischen Zentralbank, Dubinin, aus diesem Konzern. Ein ehemaliger Berater von Präsident Jelzin, W. Iljuschin, wechselte in den Vorstand von Gasprom. Und der vormalige Minister für Brennstoffe und Energie P. Rodionov wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden von Gasprom ernannt.

5 Paradoxerweise traf die Finanzkrise und der Bankrott der Großbanken die Mehrzahl der russischen Industriekonzerne weniger schwer als gemeinhin angenommen werden könnte. Denn diese operieren in einem faktisch de-monetarisierten Raum und wickeln ihre Geschäfte, einschließlich der Entrichtung von lokalen oder regionalen Steuern, überwiegend auf Barterbasis ab. Schätzungen gehen dahin, daß 1998 noch bis zu 75% der russischen Industrie auf Barterbasis operierte. Das galt aber nur für Inlandsgeschäfte. Diese Betriebe waren ohnehin von den Finanzströmen abgekoppelt. Erst mit der Finanzkrise 1998 sind Veränderungen eingetreten. So stellte der größte russische Automobilkonzern Avtovas aus Togliatti von Bartergeschäften auf Geldverkehr um, weil die Binnennachfrage nach Autos aufgrund der Rubelentwertung drastisch zunahm.

sie jetzt, ohne die Konkurrenz der Finanzoligarchie fürchten zu müssen, ihre wirtschaftlichen Forderungen leichter durchsetzen können.

2. Ganz anders traf die Krise den Finanzsektor. Faktisch gerieten sämtliche privaten Großbanken ins Trudeln. Nur ihre alten politischen Verbindungen haben sie bislang, wie die SBS-Agro, vor dem Bankrott gerettet. Weil die russische Zentralbank mit dem Problem überfordert ist, ein System von kommerziellen Banken zu stützen oder diese zu restrukturieren, gibt es für einige eine Art Atempause. Von den etwa 1600 russischen Banken werden aber nur eine Handvoll restrukturierter Großbanken, entweder mit starker staatlicher Beteiligung oder unter verschärfter staatlicher Aufsicht, überleben.
3. Die politische Durchsetzungsfähigkeit der finanz-industriellen Gruppen ist geschrumpft. Abgesehen von den Energie- und Rohstoffsektoren, die von der momentanen Erholung der Energiepreise profitieren, kämpfen sie ums wirtschaftliche Überleben.
4. Obwohl der Staat eine größere Handlungsfreiheit gegenüber der Wirtschaft zurück gewinnen konnte und unter der Regierung Primakow auch das Vertrauen der Bevölkerung wiedererlangte, bleibt die eigentliche Basis der politischen Machtgruppen, die Präsidentschaft, weiterhin erschüttert.
5. Die offene politische Führungsfrage und der Autoritätsverlust der Präsidentschaft haben dazu beigetragen, daß die noch weiterhin aktiv gebliebenen Wirtschaftseliten sich politisch umorientieren oder aber ihre Unterstützung für Parteien und potentielle Kandidaten diversifizieren. Allem Anschein nach haben politische Gruppen der demokratischen Rechten und der früheren „Partei der Macht“ (Gaidar, Kirienko, Tschernomyrdin), aber auch der Gouverneur von Krasnojarsk, General Alexander Lebed, an Unterstützung verloren.
6. Gewinner der politischen Umorientierung von Teilen der Wirtschaftselite ist zweifellos der Moskauer Oberbürgermeister Jurij Luschkow und dessen politische Bewegung „Otetschestwo“. Luschkow gilt als aussichtsreicher Kandidat für die Präsidentschaft oder für das Amt des Ministerpräsidenten im Bündnis mit Primakow (sollte dieser für das Präsidentenamt kandidieren). Aber die Unterstützung für Luschkow erfolgt halbherzig. Obwohl Luschkow über langjährige und gute Beziehungen zu allen Wirtschaftsgruppen, mit Ausnahme von Boris Abramowitsch Beresowskij und dessen Verbündeten, verfügt, fürchtet sich die alte Machtelite davor, sich dem „Modell Moskau“ unterzuordnen. Sie würde ihre Autonomie einbüßen.
7. In der Beziehung zur Moskauer Wirtschaftselite dominiert die Stadtverwaltung oder besser, das „persönliche Regime“ des Bürgermeisters. Zudem ist der Moskauer Machtapparat von der finanziellen Unterstützung der übrigen Elitegruppen weniger abhängig. Die Stadt verfügt über eigene wirtschaftliche Ressourcen und Machtgruppen (AFC Systema, Moskauer Bank usw.). Im Unterschied zu den auf nationaler Ebene autonom operierenden FIGs standen diese immer unter politischer Kontrolle der Stadtverwaltung.

Wenige Monate vor den Wahlen zur Staatsduma und ein Jahr vor den nächsten Präsidentschaftswahlen zeichnet sich daher in der korporatistischen Herrschaftsstruktur ein fundamentaler Wandel ab.

Die Dominanz der Finanzgruppen ist rückläufig. Die bisherige politische Elite ist durch die sozialen wie wirtschaftlichen Verwerfungen, die der Reformprozeß bisher auslöste, aber auch durch persönliches Versagen diskreditiert. Bereits seit der Ernennung Primakows deuteten sich auch innerhalb der politischen Eliten ein Richtungswechsel und Austausch an. Andere Gruppen der administrativen Elite, die bislang dem Transformationsprozeß fern standen und dem ungehemmten Wirken marktwirtschaftlicher Kräfte wenig abgewinnen konnten, etwa Gruppen aus dem Bereich der inneren Sicherheit, haben zweifellos an Relevanz gewonnen. Diese Tendenz hat sich über die nachfolgenden Ministerpräsidenten S. Stepaschin bis W.

Putin fortgesetzt. Damit ist nicht gesagt, daß die demokratische Entwicklung ausgesetzt und die marktwirtschaftlichen Reformen rückgängig gemacht werden sollen. Aber eine neue Synthese der Macht oder eine neue soziale Basis der korporatistischen Herrschaft entsteht, die eindeutig auf Unterordnung der wirtschaftlichen Machtelite unter den Staat zielt.

Die verbliebenen wirtschaftlichen Machtgruppen aus den Energie- und Rohstoffsektoren, aber auch die genesende heimische Industrie, die von der Entwertung des Rubels profitierte, unterstützen zweifellos eine solche Entwicklung.

Aber noch von einer weiteren, bislang die nationale Politik kaum tangierenden Kraft ist hier die Rede. Nicht zufällig, sondern systematisch suchte der aussichtsreiche Kandidat für ein hohes Regierungsamt im Staat, Jurij Luschkow, die Verbindung zu den Regionen. Sicherlich wollte er den Malus überwinden, der jedem Moskowiter aus Sicht der Regionen anhängt. Aber dahinter steht mehr. Die Allianz zwischen Otetschestwa und der regionalen Vereinigung „Wsja Rossia, Gesamtrußland“, hinter der auch Kapitalgruppen aus den Öl- und Gassektoren stehen, eröffnet Möglichkeiten für eine machtvolle Wahlorganisation und Kampagne, die unabhängig von der alten Machtelite ist.

Trotz aller Widersprüche zwischen den Interessen der Moskauer Führung und den der Gouverneure in den Regionen, verfolgen die regionalen Eliten ähnliche wirtschaftspolitische Programme und teilen die politische Grundauffassung der zentristischen Machtelite, wie sie sich um Luschkow versammelt.

Es gilt den Staat mit mehr Kompetenzen auszustatten, die Wiederbelebung und Modernisierung des heimischen Wirtschaftspotentials einzuleiten, Investitionen in die produktive Wirtschaft zu fördern, die kommunale Infrastruktur zu verbessern und die Kontrolle über den politischen Entscheidungsprozeß nicht den Konzernen oder externen Mächten zu überlassen. In den wirtschaftspolitischen Fragen besteht hier weitgehende Übereinstimmung. Daß die Stärkung der politischen Autorität auch nicht immer mit der Entfaltung demokratischer Entwicklungen einher gehen muß, scheint angesichts der Praxis, wie sich um Gouverneure in den Regionen politische Maschinen entwickelt haben, wie wenig Rechte und Kontrollmöglichkeiten die regionalen Parlamente über die Exekutive haben, kein Streitpunkt. Im Gegenteil: parlamentarische Kontrollen der autoritär regionalen Regime sind kaum ausgebildet.

Kommt es bis zum nächsten Jahr zum Machtwechsel in der Politik, so wird mit dem Austausch der politischen Führungseliten auch eine Neufassung der korporatistischen Herrschaftsformel erfolgen. Die kurze Phase der oligarchischen, von der Politik losgelösten Herrschaft, wird dann endgültig ausklingen und die Politik wieder zum dominanten Faktor werden, aber dabei muß das Projekt der Demokratie nicht auf der Strecke bleiben.

Dr. Peter W. Schulze
Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung, Moskau

